

Demokratie in Russland unterstützen

Nach der großen Wende Ende des 20. Jahrhunderts – dem Zerfall des Kommunismus und der Beendigung des Kalten Krieges – schlugen die Nachfolgestaaten der UdSSR den Weg der Demokratie ein. Wie sieht es nun gute 20 Jahre nach dem der Zerfall der Sowjetunion mit ihrem Rechtsnachfolger Russland aus? Hat sich dort tatsächlich eine stabile Demokratie entwickelt? Bei dieser Frage möchte ich besonderes Augenmerk auf die bürgerlichen Rechte und das Engagement der Zivilgesellschaft lenken, da diese für eine Demokratie unerlässliche Elemente sind.

Seit 1999 steht Vladimir Putin abwechselnd als Ministerpräsident oder Präsident an der Spitze des russischen Staates. Dabei hat er die Demokratisierung entscheidend geprägt und tut dies bis heute. In den Medien ist von Putin als „Demokrator“ bzw. der „putinesischen Demokatur“ zu lesen. Auch den Begriff der „gelenkten Demokratie“¹ findet man häufig. Dieser wird auch von Putin und der russischen Elite selbst ohne negative Konnotation gebraucht. Auch freedomhouse – ein Index, der misst wie frei und demokratisch die Länder dieser Welt sind – führt Russland seit 2005 unter dem Label „not free“. Es sind also erhebliche Mängel in der Demokratie festzustellen. In der Politikwissenschaft wird von Russland als defekter Demokratie gesprochen – genauer als illeberativer Demokratie: Verfassung und Verfassungswirklichkeit klaffen in allen Bereichen stark auseinander. Um ein paar Beispiele zu nennen:

Während der Wahlgang selbst ohne Beanstandungen abläuft, gibt es doch große Verletzungen des demokratischen Prinzips vor der Wahl während des Wahlkampfes. Seit 1999 sind vor allem die Rahmenbedingungen durch eine unabhängige Berichterstattung über die Kandidaten nicht gewährleistet und wurden durch entsprechende Mediengesetze zum Beispiel vor der Duma-Wahl 2003 noch verschärft. Hinzu kommt, dass die meisten Medien in staatlicher Hand sind und

¹ Vorswinkel, Johannes 2003: Demokatur, putinesisch. In: Die Zeit 40/2003. Und: Der Demokrator lässt wählen. In: Die Zeit 50/2003).

darüber hinaus Journalisten mit abweichenden Meinungen verfolgt werden. Dies macht eine unabhängige Berichterstattung unmöglich. Auch wurden bei regionalen Wahlen Kandidaten einfach per Gerichtsverfahren ausgeschlossen.

Ein weiteres Problem ist die Unabhängigkeit der Justiz. Hohe Arbeitsbelastung, Unterbesetzung, fehlende finanzielle Mittel und unzureichende Ausstattung hat zu einer besonderen Anfälligkeit für Korruption geführt. Dies ist auch immer wieder Thema in den Medien, so dass das Gerichtswesen bei der russischen Bevölkerung kaum Vertrauen besitzt und die wenigsten davon überzeugt sind, dass die Justiz tatsächlich unabhängig agiert und faire Verfahren garantiert.

Bei der Gewaltenteilung lässt sich unter Putin eine Verschiebung zu Gunsten der Exekutive beobachten. Ausführlich machte er als Präsident von seinem Recht Gebrauch, Dekrete zu erlassen. In der Duma ist durch die Parteienschöpfung („Einiges Russland“) eine kremltreue Mehrheit geschaffen worden, die Konflikte mit der Regierung scheut und das Parlament so nicht als unabhängige Legislative fungiert. Es findet zwar keine offensichtliche de jure Umgehung der Gewalten statt, aber de facto wird die Gewaltenteilung außer Kraft gesetzt.

Ein weiteres großes Problem in der russischen Demokratie ist die Korruption. 2012 nimmt Russland beim Corruption Perceptions Index von Transparency International einen Wert von 28 ein (0 = äußerst korrupt, 100 = keine Korruption). Vor allem die Wirtschaft versucht Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Hierbei spielt ein kompliziertes Geflecht von einflussreichen Familien eine zentrale Rolle, das schon während der Regierungszeit von Boris Jelzin entstanden ist.

Doch nun zum Hauptanliegen dieses Artikels: Wie sieht es nun mit der Zivilgesellschaft in Russland aus? Werden die Bürgerrechte gewahrt? Wie stark können sich Bürgerbewegungen gegen die Defekte in der russischen Demokratie zur Wehr setzen?

Zu den wesentlichen Rechten von Bürgerinnen und Bürgern einer Demokratie zählen Versammlungs-, Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit. Hier lassen sich in allen Bereichen erhebliche Defizite feststellen. Vor allem auf regionaler Ebene lässt sich die Einflussnahme des Staates und der Wirtschaft auf die Berichterstattung gut beobachten. Doch auch auf nationaler Ebene herrscht – wie bereits erwähnt – keine unabhängige Berichterstattung. Ziel Putins ist es, wieder ein staatliches

Medienmonopol herzustellen, in denen private Medien abgebaut und in staatliche überführt werden. Andere private Anbieter führen aus Angst vor Strafen eine Selbstzensur durch, die sie völlig kritiklos gegenüber der Regierung erscheinen lässt. Schwer wiegen hier vor allem Dinge wie Journalistenverfolgung – Russland liegt auf der Liste der Journalistenmorde auf Platz drei (!) hinter Irak und Algerien. Internationales Aufsehen erlangte die Ermordung der regierungskritischen Journalistin Anna Politkowskaja im Jahr 2006. Außerdem kam es auch zu Protesten gegen die Medienzensur in der russischen Bevölkerung – leider ohne langfristigen Erfolg zu haben.

Auch im Winter 2011/2012 kam es zu Protesten von Seiten der Bevölkerung gegen die Zustände in Russland. Anlass waren die Fälschungsvorwürfe bei der Dumawahl im Dezember 2011. Die meisten der Demonstranten stammten aus dem urbanen Milieu der Mittelschicht. Genau diese Bevölkerungsschicht hat in den vergangenen Jahren unter Putin stillgehalten, wollen sich aber nun mit den Zuständen nicht weiter abfinden. Es konnte ein deutlicher Politisierungsschub beobachtet werden. In der Zivilbevölkerung sinkt die Zustimmung für das System Putin immer weiter. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Straßenproteste sich auch weiter politisch organisieren oder sich einer politischen Organisation anschließen. Bis jetzt zeigt sich, dass das Misstrauen in den Apparat Politik noch zu groß ist und es keinen signifikanten Anstieg bei formellen Eintritten bei Oppositionsparteien und ähnlichem gab. Es kommt hinzu, dass sich die Opposition schwer damit tut, tatsächlich Alternativen aufzuzeigen. Einig sind sich alle darin, dass Vladimir Putin nicht länger an der Spitze Russlands stehen soll, aber bei der Formulierung konkreter Forderungen und Pläne bestehen erhebliche Schwierigkeiten. Einen Erfolg konnten die Demonstranten erreichen: Die Direktwahl der Gouverneure, die von Putin abgeschafft wurde, ist auf Druck der Bürgerinnen und Bürger wieder eingeführt worden. Dass Putin die Straßenproteste sehr ernst genommen hat und sich vor einem Erstarken der Opposition fürchtet, kann man an zwei Dingen erkennen. Erstens kam es bei den Demonstrationen zu massiven Behinderungen der Demonstranten durch die Stadtverwaltung und der Polizei. Zweitens versucht Putin nun erneut, die außersystemische Opposition zu isolieren. Es wurden zum Beispiel die Strafen für Verstöße bei Demonstrationen stark heraufgesetzt. Auch die drastischen Reaktionen auf die Aktionen der Punk-Band Pussy Riot zeigen dies deutlich. Es muss eins klar sein: Grundvoraussetzung von

Demokratie ist es, seine Meinung frei äußern zu können, ohne dafür angeklagt zu werden. Die Demonstrationen halten an. Im Juni demonstrierten erneut 30.000 Menschen gegen Putin und die Zustände in Russland, außerdem wurde die Freiheit für alle politischen Gefangenen gefordert. Auch hier kam es erneut zu Festnahmen.

Es bewegt sich also einiges in Russland. Jetzt sind auch wir als europäische Nachbarn gefordert, die Demokratiebewegung der russischen Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Jeder einzelne kann dazu beitragen! Jede kleine Unterstützungsbekundung zählt! So haben zum Beispiel die Russische Sozialdemokratische Union der Jugend in Zusammenarbeit mit den Jungen Sozialisten aus Georgien und den deutschen Jusos, ein Video gedreht, in dem sie ihre Solidarität mit den russischen Demonstranten bekunden². Für eine funktionierende Demokratie ist Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit unbedingt notwendig!

Aber auch die Europäische Union als Akteur auf dem internationalen Parkett muss Stellung beziehen. Das Parlament hat das erst im Juni 2013 getan: In einer Resolution stellten sie klar, dass die Gewaltanwendung während der Proteste 2011/2012 unverhältnismäßig waren. Die russische Regierung muss die Vorfälle unabhängig untersuchen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Protestmärschen dürfen nicht weiter verfolgt werden. So ist die Verfolgung und Verhaftung des Oppositionellen Alexej Nawalny eindeutig politisch motiviert. Wir Parlamentarier solidarisieren uns mit der russischen Bürgergesellschaft. Sie braucht unsere Unterstützung!

Autor: *Jutta Steinruck ist seit 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales, sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.*

Kontakt: *jutta.steinruck@europarl.europa.eu*

² Zu sehen auf: <http://jutta-steinruck.de/2012/12/17/demokratie-in-russland-unterstuetzen/>.